
Testatsexemplar

juris GmbH Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik
Deutschland

Saarbrücken

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 und
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022

**BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN
ABSCHLUSSPRÜFERS**



Inhaltsverzeichnis

Seite

Lagebericht.....	1
Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2022.....	1
1. Bilanz zum 31. Dezember 2022.....	2
2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2022.....	5
3. Anhang für das Geschäftsjahr 2022.....	7
Entwicklung des Anlagevermögens 2022.....	17
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS.....	1

juris GmbH

Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022

A. Grundlagen des Unternehmens

Die juris GmbH wurde 1985 als Unternehmen im Bundesbesitz mit dem Auftrag gegründet, für die Bundesrepublik ein modernes Rechtsinformationssystem aufzubauen. Dieses wurde vor allem von öffentlichen Stellen als Informationsquelle genutzt. Heute ist juris ein führender digitaler Anbieter von Rechts- und Praxiswissensmanagement in Deutschland und entwickelt als Pionier in einem zukunftssträchtigen Wachstumsmarkt sein Angebot kontinuierlich weiter. juris ist außerdem Begründer und Mitglied der jurisAllianz, eines Verbunds namhafter juristischer Fachverlage. Das Unternehmen wird von dem Anspruch geleitet, inhaltlich und technologisch führend zu sein und seinen Kunden den bestmöglichen Zugang zu umfassendem und zielgruppengerechtem Rechts- und Praxiswissen zu bieten.

B. Wirtschaftsbericht

1. Allgemeiner Geschäftsverlauf/Branchensituation

Der Markt für Rechts-, Wirtschafts- und Steuerinformationen in Deutschland ist, im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, nach wie vor durch den noch immer vergleichsweise relativ geringen Online-Anteil und die anhaltende Migration von Print auf Online gekennzeichnet. Mittlerweile bestehen immer größere Unterschiede zwischen den traditionellen Verlagen was den Fortschritt der Transition von Print hin zu Online betrifft. Die juris GmbH als einer der wegweisenden und bedeutenden Online-Anbieter für Rechts- und Praxiswissen gestaltet diese Transition aktiv in enger Kooperation mit ihren wichtigsten Partnern (der sogenannten jurisAllianz) mit neuen Produkten, wie bspw. Print-Online-Bundles und den Legal-Compliance-Produkten (u.a. juris PreLex und juris Praxismodule) und auch neuen Funktionalitäten, wie beispielsweise juris Analytics zur quantitativen und qualitativen Analyse der vorgehaltenen Rechtsdaten. Dadurch konnte auch im Jahr 2022 die Marktposition gestärkt und die Wachstumskurve fortgeschrieben werden. All dies erfolgte in einem harten Wettbewerb, wobei die juris GmbH gemeinsam mit den Partnern der jurisAllianz im Markt für Recht, Wirtschaft und Steuern die einzig wirkliche Alternative zu Beck und Haufe darstellt.

Der Ausbau des Portfolios der jurisAllianz wurde im Rahmen der Kooperation der juris GmbH mit renommierten Fachverlagen – Boorberg-Verlag, Bundesanzeiger Verlag/Reguvis, C.F. Müller, Deutscher Anwaltverlag/Deutscher Notarverlag, dfv Mediengruppe, De Gruyter Recht, Erich Schmidt Verlag, Fachmedien Otto Schmidt, Hüthig Jehle Rehm, IWW, Verlag Dr. Otto Schmidt, RWS-Verlag und Stollfuß Medien - in 2022 erfolgreich fortgeführt. Die jurisAllianz wächst kontinuierlich und hat als aktuellsten Zugang den Verlag Versicherungswirtschaft zu verzeichnen.

Auf seinem Online-Portal juris.de bietet juris in den Produktsegmenten juris Recht und juris Business ein umfangreiches Portfolio aus anwendbarem Praxiswissen für Legal Professionals sowie für weitere Rechtsanwender in den Bereichen Recht, Wirtschaft und Steuern sowie eine umfangreiche Sammlung an historischen und tagesaktuellen gerichtlichen Entscheidungen, Urteilen, Gesetzen, Normen und Kommentierungen an. In enger Abstimmung mit der jurisAllianz wird am Aufbau neuer Produktsegmente gearbeitet, wie zum Beispiel juris Akademie. Die jurisAllianz stellt dabei, insbesondere mit dem Sekundärcontent ihrer Werke, die relevanten Inhalte bereit.

2. Geschäftsverlauf der juris GmbH

Die folgenden Leistungsindikatoren geben einen Überblick über den Verlauf des Geschäftsjahres 2022, wobei die für die Steuerung des Unternehmens bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren die Umsatzerlöse und das Betriebsergebnis darstellen.

Neben den aus den Vorjahren bereits durch COVID 19 eingetretenen Restriktionen, kam in 2022 mit der Ukraine-Krise ein weiterer Faktor hinzu, durch den sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verschlechtert haben. Hier hat sich das Geschäftsmodell von juris mit digitalen Medieninhalten und Funktionalitäten, die über eine Onlinedatenbank abgerufen werden können, als sehr resilient herausgestellt. Hinzu kommt, dass die Organisation der juris GmbH, auch auf Grund der durch COVID 19 vorgenommenen Anpassungen, sehr gut auf diese Herausforderungen vorbereitet war. juris hat es dadurch geschafft, seinen Wachstumskurs im Markt fortzusetzen, wozu das stark abonnement-getriebene Geschäftsmodell einen wichtigen Beitrag geleistet hat.

2.1 Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Umsatzerlöse stiegen von rund EUR 65,1 Mio. im Jahr 2021 um rund EUR 5,3 Mio. bzw. 8,2 % auf EUR 70,4 Mio. im Jahr 2022 an. Die juris GmbH konnte somit gegenüber 2021 ein deutliches Umsatzwachstum generieren. Im Wesentlichen wurde das Wachstum durch eine weitere Durchdringung des Marktes mit Angebotsformen aus einer Kombination von Primär- und Sekundärcontent, durch neue Produktangebote, aber auch durch die Gewinnung neuer Kunden im Rahmen einer intensiven Marktbearbeitung, realisiert.

Basis für die Kundenbeziehungen bleiben nach wie vor die pauschalisierten Abonnementverträge mit unterschiedlichen Laufzeiten.

2.2 Wesentliche Geschäftsvorfälle des Geschäftsjahres

Das Jahr 2022 war geprägt durch folgende Entwicklungen:

- Weitere Stärkung der Grundlagen der juris GmbH
 - Launch von juris Praxismodulen zu verschiedenen Themengebieten,
 - Neuer Markenauftritt mit neuer Website und optimiertem Webshop,
 - Standardisierung des Angebotes für Bürgerservices,
 - Integration des Stotax-Portals/Stollfuß-Medien,
 - Ausbau der juris PraxisKommentare (jPK) im Bereich Elektronischer Rechtsverkehr,
 - Ausbau der Primärcontent-Sammlungen basierend auf untergesetzlichen Normen, Ortsrecht etc.,
 - Ergänzung der vorhandenen Module um weitere Titel sowie Launch neuer Module für verschiedene Rechtsgebiete und Zielgruppen in Kooperation mit der jurisAllianz,
 - Ausbau des Vertriebsteams in Frankfurt zur Ansprache neuer Zielgruppen im Bereich Wirtschaft und Steuern,
 - Eröffnung eines Co-Working Spaces in Berlin für die Task-Force jurisAllianz, das Innovationslabor und die Nachrichtenredaktion.

- Stärkung der jurisAllianz
 - Übergang von Stollfuß zur Ein-Portal-Strategie,
 - Entwicklung von Angeboten für den Steuerberatermarkt in Kooperation mit dem Deutschen Steuerberaterverband,
 - Umstellung der individuellen Contentverarbeitungsschienen auf eine einheitliche Produktionsstrecke,
 - Weiterer Ausbau des Portfolios i.R. der jurisAllianz,
 - Koordination der Marketing- und Vertriebsaktivitäten der jurisAllianz,
 - Print-Online-Transition in Kooperation mit den führenden Buchhandlungen.

3. Produktpolitik

Alleinstellungsmerkmal der juris GmbH bleibt unverändert ihr Angebot, welches Primär- und Sekundärcontent zielgruppengerecht bündelt und dieses, über eine an den spezifischen Bedürfnissen ausgerichtete Recherchetechnologie, den Kunden direkt zur Verfügung stellt.

Das Portfolio konnte, durch die abgestimmte Kooperation mit den Partnern der jurisAllianz sowie weiteren Verlagen, im Rahmen eines übergreifenden Product-Development-Ansatzes weiter ausgebaut werden. Durch die kontinuierliche Weiterentwicklung der Smart-Search-

Algorithmen, die Aufnahme von Push-Angeboten, die Umstellung auf die Ein-Portal-Strategie und die Einführung neuer Wissensmanagement-Tools (wie bspw. juris Collect und juris Connect) ist die juris GmbH im Wettbewerb um die Führung bei der Desktop-Integration gut aufgestellt.

Der Erfolg der Angebots-Strategie der juris GmbH gründet neben dem Abstellen auf Vollständigkeit, Aktualität und Zuverlässigkeit in erheblichem Maße auf dem Mehrwert, der dem Angebot durch weiteren Sekundärcontent – insbesondere im Rahmen der jurisAllianz – sowie durch die Art und Tiefe seiner Erschließung hinzugefügt wird. Das hohe Maß dokumentarischer und funktionaler Qualität wird durch die seit Jahren für die juris GmbH arbeitenden Experten sowie durch das von der juris GmbH über die Jahre entwickelte Know-how bei der Programmierung der Suchalgorithmen sichergestellt.

4. Dokumentation

Das im Bundesamt für Justiz eingerichtete Kompetenzzentrum Rechtsinformationssystem des Bundes (CC-RIS) übt zentrale Steuerungs- und Koordinationsaufgaben für die operative Zusammenarbeit der Dokumentationsstellen des Bundes mit der juris GmbH aus. Dadurch konnten die zum Bund bestehenden vertraglichen Leistungsbeziehungen der juris GmbH professionell ausgestaltet werden.

Die langjährige Kooperation mit den Dokumentationsstellen des Bundes wurde auf dieser Grundlage neugestaltet und soll mittelfristig in neue Systeme überführt werden. Die juris GmbH hat sich auf diese Entflechtung u.a. durch die Neuaufstellung ihrer Datenhaltung und Produktion vorbereitet. Dies wird spiegelbildlich auch seitens des Bunds vorbereitet. Die damit zusammenhängende fachliche und organisatorische Neuordnung der Geschäftsprozesse befindet sich in Abstimmung.

Die Geschäftsaktivitäten der juris GmbH unterliegen mittlerweile vollständig dem Wettbewerb. Bedingt durch die mittlerweile für jedermann frei zugänglichen Basisinformationen („Gesetze im Internet“ und „Rechtsprechung im Internet“) konzentriert sich der Wettbewerb nunmehr auf die eigene Dokumentation und die Generierung von inhaltlichem Mehrwert, der von der juris GmbH und den mit ihr kooperierenden Verlagen selbst erstellt wird. Vor diesem Hintergrund bleiben die einzigartigen Rechtssammlungen der juris GmbH für alle im Bereich professioneller Rechtsanwendung Tätigen eine unverzichtbare Wissensquelle.

5. Investitionen

Die juris GmbH hat in 2022 selbstgeschaffene Software in Höhe von TEUR 3.845 aktiviert. Daneben wurden Investitionen für immaterielle Vermögensgegenstände, Bauten auf fremdem

Grund und Boden, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung und Sonstiges in Höhe von TEUR 2.213 getätigt.

6. Personal und Organisation

2022 beschäftigte die juris GmbH im Jahresdurchschnitt 218 (i. Vj. 222) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter IT-Fachkräfte, Kaufleute, Juristen und Dokumentare. Hierin enthalten sind im Jahresdurchschnitt auch 4 (i. Vj. 11) Aushilfen und rund 15 (i. Vj. 12) Freie Mitarbeiter.

Die juris GmbH ist in Deutschland an den Standorten Berlin, Saarbrücken und Frankfurt am Main vertreten. Der Betrieb des Online-Portals erfolgt in Saarbrücken. Die Vertriebstätigkeiten werden stärker in Frankfurt am Main verankert. Am Standort Berlin baut juris seine Aktivitäten zur Unternehmens- und Portfolioentwicklung aus.

Nicht zuletzt bedingt durch COVID 19 und die damit verstärkt einhergehende Digitalisierung von Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung hat sich der Markt für Arbeitskräfte gewandelt und bietet den Bewerbern eine größere Flexibilität im Hinblick auf die Auswahl ihrer Arbeitgeber. Dazu kommt, dass insbesondere der Markt für Arbeitskräfte im Bereich IT-Development und Marketing stark umkämpft ist. Mit den bisherigen Angebotskonditionen sind entsprechend qualifizierte Mitarbeiter kaum noch zu rekrutieren und ebenso schwieriger zu halten. Deshalb bereitet sich juris auf alternative Szenarien vor, mit denen eine Loslösung vom TVÖD realisiert werden könnte, um dadurch marktüblichere Konditionen unterbreiten zu können. Zudem wird juris Aktivitäten auch verstärkt externalisieren und freie Mitarbeiter einsetzen. Damit folgt juris dem generellen Trend der Organisationsentwicklung hin zu einem Netzwerk von internen und externen Mitarbeitern, ergänzt um Dienstleister.

7. Ertragslage

Die juris GmbH übertraf in 2022 mit einer Gesamtleistung i. H. v. EUR 71,8 Mio. den Vorjahreswert i. H. v. EUR 66,3 Mio. um 8,3 %. Als Ergebnis vor Steuern wurden EUR 14,0 Mio. (i. Vj. EUR 13,4 Mio.) erzielt.

Nach Abzug der Steuern verbleibt für 2022 ein Jahresüberschuss von rund EUR 9,18 Mio. (i. Vj. EUR 8,74 Mio.). Unter Berücksichtigung der ausschüttungsgesperrten Beträge in Höhe von EUR 1,760 Mio. steht ein Jahresüberschuss in Höhe von EUR 7,422 Mio. zur Ausschüttung zur Verfügung.

Die Erhöhung der Gesamtkosten von EUR 53,6 Mio. um EUR 4,6 Mio. bzw. 8,7 % auf EUR 58,2 Mio. gegenüber 2021 ist im Wesentlichen durch den Anstieg der Materialaufwendungen um EUR 3,5 Mio. bzw. 16,0 % von EUR 21,6 Mio. auf EUR 25,1 Mio. bedingt. Die Personalaufwendungen liegen mit EUR 18,2 Mio. um rund EUR 0,7 Mio. bzw. 4,1 % unter dem Vorjahreswert von EUR 18,9 Mio. Die Abschreibungen betragen im Berichtsjahr EUR 2,75 Mio., was eine Steigerung um EUR 0,43 Mio. bzw. 18,7 % gegenüber dem Vorjahreswert (EUR 2,32 Mio.) bedeutet. Darin enthalten sind mit einem Anteil von TEUR 1.115,8 Abschreibungen auf selbst geschaffene Software (i. Vj. TEUR 695,6). Die

sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit EUR 12,2 Mio. um EUR 1,5 Mio. bzw. 14,2 % über dem Vorjahreswert in Höhe von EUR 10,7 Mio..

8. Vermögenslage

Die Bilanzsumme in 2022 beträgt TEUR 43.850 und liegt damit rund TEUR 4.823 über dem Niveau von 2021 (TEUR 39.027).

Auf der Aktivseite erhöhte sich das Anlagevermögen von TEUR 16.241 um TEUR 3.261 auf TEUR 19.502. Die Steigerung ist primär auf die Aktivierung der selbst geschaffenen Software in Höhe von TEUR 3.845 zurückzuführen.

Im Umlaufvermögen erhöhten sich die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände von TEUR 5.108 um TEUR 470 auf TEUR 5.578. Die Erhöhung geht auf die gestiegenen Umsatzerlöse und einen Anstieg bei den Forderungen aus Umsatzsteuer zurück. Die flüssigen Mittel zum 31. Dezember 2022 erhöhten sich von TEUR 16.441 in 2021 um TEUR 1.111 auf TEUR 17.552.

Der Aktive Rechnungsabgrenzungsposten weist die Abgrenzung des Aufwands bei Zahlungen für die Folgejahre aus und ist von TEUR 1.238 um TEUR 18 auf TEUR 1.219 gesunken. Hierbei handelt es sich um Wartungsverträge für Hard- und Software, Lizenzgebühren für Software sowie um Erlösbeteiligungen.

Auf der Passivseite ist eine Steigerung des Eigenkapitals von TEUR 16.869 bei vollständiger Ausschüttung des ausschüttungsfähigen Vorjahresergebnisses um TEUR 1.887 auf TEUR 18.756 zu verzeichnen. Dies ist in erster Linie begründet durch den nicht ausschüttbaren Gewinn des Jahres 2021 in Höhe von TEUR 1.448.

Die Rückstellungen erhöhten sich von TEUR 10.361 um TEUR 990 auf TEUR 11.351. Grund dafür ist im Wesentlichen der Anstieg der Rückstellungen für Erlösanteile und für Steuern. Der Passive Rechnungsabgrenzungsposten weist die Abgrenzung des Umsatzes bei den Flat-Rate Produkten aus und ist von TEUR 6.715 um TEUR 1.013 auf TEUR 7.728 gestiegen.

Die passiven latenten Steuern stiegen von TEUR 2.980 um TEUR 954 auf TEUR 3.934. Weitere Details hierzu sind im Anhang aufgeführt.

9. Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft war auch in 2022 – wie in den Jahren zuvor – unproblematisch. Das Stammkapital der juris GmbH beträgt nach wie vor TEUR 2.681. Der Geschäftserfolg der juris GmbH erlaubt es, anstehende Investitionen und sonstige Ausgaben ohne Kreditaufnahmen zu finanzieren. Das Finanzergebnis wies im Jahr 2022 einen Aufwand in Höhe von TEUR 1 aus (Ertrag von TEUR 7 in 2021). Aus heutiger Sicht sind keine Liquiditätsrisiken ersichtlich. Insgesamt hat sich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft den Erwartungen entsprechend entwickelt und ist damit günstig verlaufen.

10. Forschungs- und Entwicklungsbericht

Um bei der den Recherchealgorithmen und der zukünftigen Nutzung von KI-Technologien weiterhin State-of-the-art-Lösungen anbieten zu können, investiert juris in Entwicklungen für entsprechende Kundenlösungen. Neben dem Einsatz von eigenen Mitarbeitern werden auch externe Dienstleister eingesetzt, um diese Produkte bzw. Funktionalitäten zu erstellen. Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2022 Entwicklungskosten in Höhe von rd. 5,5% des Umsatzes aktiviert. Diese entfallen mit EUR 1,3 Mio. auf juris-eigene Mitarbeiter.

C. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft unterhält ein unternehmensweites Risikomanagementsystem, mit dem bestehende und potenzielle Risiken systematisch erfasst und analysiert werden. Ein kontinuierliches Monitoring stellt sicher, dass erforderliche Maßnahmen zeitnah eingeleitet werden können. Mithilfe der monatlichen Varianzanalysen werden ggf. vorhandene Abweichungen aufgedeckt, sodass ein rechtzeitiges Gegensteuern möglich ist. Im Rahmen des Rolling-Forecasts erfolgt eine Überprüfung bzw. Bewertung der Maßnahmen zur Umsetzung der Zielsetzungen des laufenden Jahres. Bei der Budgetplanung und der damit einhergehenden Langzeitplanung wird die strategische Ausrichtung grundsätzlich und vor dem Hintergrund der jeweils aktuellen Markt- und Rahmenbedingungen überprüft und ggf. angepasst.

Die juris GmbH antizipiert somit die sich wandelnden Marktgegebenheiten, wie z.B. die Zunahme von frei verfügbarem juristischem Content im Internet und den immer härteren Wettbewerb. Ziel ist es, auch in Zukunft die Alleinstellungsmerkmale zu stärken. Dies wird zum einen durch die Verbesserung der Erschließung des Primärcontents, in Verbindung mit dessen Aufwertung durch Bereitstellung relevanten Sekundärcontents, aber auch durch die Einbindung von Legal-Tech-Elementen in die Suche umgesetzt. Auf Basis dieser Mehrwertstrategie ist die juris GmbH zuversichtlich, auch langfristig ihre bisherige Marktposition im Wettbewerbsumfeld erfolgreich behaupten zu können.

Ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal bleibt auch weiterhin, die hohe Qualität der juris-eigenen Rechtssammlungen aufrecht zu erhalten. Die juris GmbH hat sich zu einem unverzichtbaren Wissensmanagement-Tool für alle Legal Professionals entwickelt. Es bleibt nach wie vor ein wichtiges Anliegen des Unternehmens, die Anforderungen der öffentlichen Hand – und hier insbesondere die der Justiz – an Recherchierbarkeit und Nutzbarkeit des bei juris angebotenen Contents besonders zu berücksichtigen. Dies soll dazu beitragen, die Kundenbeziehungen zu Bund und Ländern zu erhalten und qualitativ weiter zu entwickeln.

Im Jahr 2022 wurden, neben dem Ausbau und der Optimierung des Zusammenspiels des Primär- und Sekundärcontent-Angebotes, die Umstellung auf die Ein-Portal-Strategie fortgesetzt und die Partner der jurisAllianz und der Buchhandel systematischer in die Vertriebsstrategie eingebunden. Dadurch wird den zielgruppenspezifischen

Informationsbedürfnissen der juris-Kunden Rechnung getragen und die Umsetzung inhaltlicher und technischer Entwicklungen beschleunigt. Die Neukunden-Akquise stellt die juris GmbH vor immer größer werdende Herausforderungen, da Kalt-Akquisen aufgrund der stringenten Datenschutzregelungen immens erschwert werden. Deshalb wird ein aktives Content-Marketing für die juris GmbH immer wichtiger.

In 2023 sollen, mit neuen inhaltlichen und funktionalen Angeboten, insbesondere i.R. der Content-Integration, dem in 2022 neu gestalteten Markenauftritt und der weiteren Verbesserung der Kundenansprache über alle Vertriebswege, die bestehenden Kundenbeziehungen gefestigt und ausgebaut sowie weitere Zielgruppen, bspw. bei Paralegals und Steuerberatern, erschlossen werden. Dadurch soll gewährleistet werden, dass die juris GmbH im Verbund mit der jurisAllianz ihre Position als einer der führenden Online-Anbieter von Rechts- und Praxiswissen in Deutschland weiter ausbaut. Die juris GmbH ist somit für die zukünftigen Herausforderungen gut gerüstet.

Auf dieser Basis und vor dem Hintergrund, dass der RWS-Markt in den kommenden Jahren, insbesondere wegen der anhaltenden Migration von Print auf Online, weiterhin Potenzial bietet, wird auch in 2023 ein Wachstum der Umsatzerlöse auf Vorjahresniveau und eine entsprechende Erhöhung des Betriebsergebnisses angestrebt. Die durch COVID 19 direkt und indirekt sowie auch durch den aktuellen Krieg in der Ukraine ausgelösten negativen Folgeerscheinungen für die Wirtschaft in Deutschland, lassen sich in ihren Auswirkungen auf den für juris relevanten Markt und dessen Klientel weiterhin nur schwer abschätzen. Hierdurch wurde ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Umfeld geschaffen, in dem sich Deutschland noch nie zuvor befunden hat und das jedes Unternehmen vor große Herausforderungen stellt und noch weiter stellen wird. Auch wenn derzeit noch völlig unklar ist, wie lange und wie schwerwiegend die Auswirkungen andauern werden, ist die juris GmbH zuversichtlich, sich behaupten zu können.

Von besonderer Wichtigkeit ist hierbei, dass die juris GmbH vollständig als freies Wirtschaftsunternehmen auftreten kann. Die Gesellschafterstruktur des mehrheitlich im Bundesbesitz befindlichen Unternehmens setzt dem jedoch Grenzen, die ein diskriminierungsfreies Handeln im Wettbewerb zunehmend behindern. Daher ist die erfolgreiche Umsetzung der vom Gesellschafter Bund angestrebten Entflechtung der Leistungsbeziehungen, die zwischen seinen Dienststellen und juris bestehen, Voraussetzung für eine dringend erforderliche weitere Privatisierung.

Aus heutiger Sicht sind, unter Berücksichtigung des zuvor Genannten, keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar.

Saarbrücken, den 16. März 2023

Samuel van Oostrom
Geschäftsführer

Johannes Weichert
Geschäftsführer

**Jahresabschluss für das Geschäftsjahr
vom 01. Januar bis 31. Dezember 2022**

juris GmbH
 Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland
 Saarbrücken



Bilanz zum 31. Dezember 2022

Aktiva

	Anhang	31.12.2022	31.12.2021
		€	€
A. Anlagevermögen	(B.1)		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		15.241.312,57	12.315.374,84
II. Sachanlagen		4.260.370,44	3.925.327,29
		19.501.683,01	16.240.702,13
B. Umlaufvermögen	(B.2)		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		5.577.714,93	5.107.942,82
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		17.551.510,32	16.440.687,41
		23.129.225,25	21.548.630,23
C. Rechnungsabgrenzungsposten		1.219.429,17	1.237.772,30
		43.850.337,43	39.027.104,66

juris GmbH
 Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland
 Saarbrücken



Bilanz zum 31. Dezember 2022

Passiva

	Anhang	31.12.2022	31.12.2021
		€	€
A. Eigenkapital	(B.3)		
I. Gezeichnetes Kapital		2.681.368,03	2.681.368,03
II. Gewinnvortrag		6.892.789,73	5.444.939,14
III. Jahresüberschuss		9.181.612,05	8.742.716,23
		18.755.769,81	16.869.023,40
B. Rückstellungen	(B.4)	11.351.284,00	10.361.245,00
C. Verbindlichkeiten	(B.5)	2.080.382,75	2.102.502,32
D. Rechnungsabgrenzungsposten		7.728.474,87	6.714.532,94
E. Passive latente Steuern	(B.6)	3.934.426,00	2.979.801,00
		43.850.337,43	39.027.104,66

juris GmbH
 Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland
 Saarbrücken



**Gewinn- und Verlustrechnung
 für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022**

	Anhang	01.01.2022 - 31.12.2022	01.01.2021 - 31.12.2021
		€	€
1. Umsatzerlöse	(C.1)	70.433.488,26	65.066.607,21
2. Andere aktivierte Eigenleistung	(C.2)	1.317.863,13	1.208.946,92
3. Gesamtleistung		71.751.351,39	66.275.554,13
4. Sonstige betriebliche Erträge	(C.3)	505.726,13	647.021,49
5. Materialaufwand	(C.4)	-25.065.816,03	-21.601.630,73
6. Personalaufwand	(C.5)	-18.160.162,92	-18.931.702,18
7. Abschreibungen	(C.6)	-2.754.404,74	-2.320.276,51
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(C.7)	-12.248.917,59	-10.725.341,11
9. Finanzergebnis	(C.8)	-934,70	7.299,06
10. Ergebnis vor Steuern	(C.8)	14.026.841,54	13.350.924,15
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(C.9)	-4.841.307,49	-4.603.113,57
12. Ergebnis nach Steuern		9.185.534,05	8.747.810,58
13. Sonstige Steuern		-3.922,00	-5.094,35
14. Jahresüberschuss	(C.10)	9.181.612,05	8.742.716,23

juris GmbH

Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken

Anhang für das Geschäftsjahr 2022

(A) Ausweis, Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB. Die Gliederung des Jahreschlusses erfolgt entsprechend den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften, den Vorschriften des GmbH-Gesetzes und den ergänzenden Vorschriften des Gesellschaftsvertrages.

Die juris GmbH hat ihren Sitz in 66121 Saarbrücken, Am Römerkastell 11, und ist eingetragen im Handelsregister Registergericht Saarbrücken, HRB 8485.

Zur Vergrößerung der Klarheit der Darstellung sind Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst und im Anhang gesondert ausgewiesen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

Von der Aktivierung von selbst geschaffenen immateriellen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens nach § 248 Abs. 2 S. 1 HGB wurde im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 Gebrauch gemacht. Diese werden zu Herstellungskosten gemäß § 255 Abs. 2 Sätze 1-2 und Abs. 2a HGB aktiviert und nach Fertigstellung planmäßig linear über ihre voraussichtliche Nutzungsdauer sowie bei Vorliegen einer voraussichtlich dauernden Wertminderung außerplanmäßig abgeschrieben.

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen nach Maßgabe der voraussichtlichen Nutzungsdauer bewertet.

Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten einschließlich Nebenkosten bilanziert und linear planmäßig abgeschrieben.

Die Geringwertigen Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens bis zu einem Anschaffungspreis von EUR 800 sind im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben und im Anlageverzeichnis als Abgang behandelt worden.

Die planmäßigen Abschreibungen des Anlagevermögens erfolgen unter Zugrundelegung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Dabei wird sich an den steuerlichen AfA-Tabellen unter Berücksichtigung der kürzesten steuerlich zulässigen Nutzungsdauer orientiert.

Voraussichtlich dauernden Wertminderungen, die über den nutzungsbedingten Werteverzehr hinausgehen, wird durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nominalwert bzw. dem Barwert bei unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Ansprüchen angesetzt. Konkreten Ausfallrisiken bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurde durch Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Im Einzelnen nicht bezifferbare Risiken werden durch eine pauschal ermittelte Wertberichtigung in Höhe von 1 % der um die Einzelwertberichtigungen gekürzten Nettoforderung abgedeckt.

Die anderen Posten des Umlaufvermögens sind mit ihren Nennwerten angesetzt.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden nach den anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen mittels der „Projected-Unit-Credit-Methode“ errechnet. Der Rückstellungsbetrag wurde unter Einbeziehung von Trendannahmen hinsichtlich der zukünftigen Anwartschafts- bzw. Rentenentwicklung ermittelt. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die „Richttafeln 2018 G“ von Klaus Heubeck verwendet. Im Berichtsjahr wurde ein von der Deutschen Bundesbank vorgegebener durchschnittlicher Marktzinssatz von 1,79 % (10-Jahres-Durchschnitt) bei der Bewertung zugrunde gelegt. Dabei wurde gemäß Satz 2 des § 253 Abs. 2 HGB pauschal eine Restlaufzeit von 15 Jahren angenommen. Rentenanpassungen sind mit 2,10 % berücksichtigt.

Die Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen erfolgte nach den Regelungen der IDW-Stellungnahme IDW RS HFA 3 vom 19.06.2013. Sofern biometrische Einflussfaktoren zu berücksichtigen waren, wurden die „Richttafeln 2018 G“ von Klaus Heubeck verwendet. Der Erfüllungsrückstand wurde mit den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Marktzinssätzen der vergangenen sieben Jahre abgezinst, Aufstockungsbetrag wurden mit dem vollen Barwert angesetzt.

Die übrigen Rückstellungen sind jeweils in Höhe des zukünftigen Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen wurden berücksichtigt, sofern ausreichende objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssätzen der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt. Fremdwährungsverbindlichkeiten lagen zum Bilanzstichtag keine vor. Die Rechnungsabgrenzungsposten sind mit dem Nennwert bilanziert.

Gemäß § 274 HGB wird eine saldierte Abgrenzung für die voraussichtlichen zukünftigen Steuerbelastungen und Steuerentlastungen aufgrund handelsrechtlicher und steuerrechtlicher

Bilanzierungs- und Bewertungsunterschiede angewandt. Weitere Angaben hierzu sind bei den Erläuterungen zur Bilanz unter Nr. 6 zu finden.

(B) Erläuterungen zur Bilanz

(1) Anlagevermögen

Die Aufgliederung und Entwicklung des in der Bilanz ausgewiesenen Anlagevermögens ist im Anlagespiegel gesondert dargestellt.

Im abgelaufenen Kalenderjahr belief sich der Gesamtbetrag der aktivierten Entwicklungskosten auf TEUR 3.845, die ausschließlich auf aktivierte selbst erstellte Software entfielen. Weitere Forschungs- und Entwicklungskosten sind nicht angefallen.

(2) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2022	31.12.2021
	EUR	EUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen – davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr TEUR 0 (i. Vj. TEUR 0) –	4.513.303,71	4.549.189,61
Forderungen gegen Gesellschafter	425.868,41	114.031,40
Sonstige Vermögensgegenstände – davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr TEUR 348 (i. Vj. TEUR 295) –	638.542,81	444.721,81
	5.577.714,93	5.107.942,82

Bei den Forderungen gegen die Gesellschafter handelt es sich um Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Die Forderungen gegen Gesellschafter hatten zum Bilanzstichtag wie im Vorjahr keine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

(3) Eigenkapital

	31.12.2022	31.12.2021
	EUR	EUR
Gezeichnetes Kapital	2.681.368,03	2.681.368,03
Gewinnvortrag	6.892.789,73	5.444.939,14
Jahresüberschuss	9.181.612,05	8.742.716,23
	18.755.769,81	16.869.023,40

Ausschüttungsgesperrte Beträge

	Bilanz- ausweis	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern	Sperrbetrag
	EUR	EUR	EUR	EUR
Selbst erstellte immaterielle Vermögensgegenstände gemäß § 268 Abs. 8 HGB	12.560.957,10	0,00	4.141.975,61	8.418.981,49
Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB	25.779,00	0,00	0,00	25.779,00
Sonstige latente Steuern	0,00	207.549,61	0,00	207.549,61
Zur Ausschüttung gesperrt	12.586.736,10	207.549,61	4.141.975,61	8.652.310,10

(4) Rückstellungen

	31.12.2022	31.12.2021
	EUR	EUR
Rückstellungen für Pensionen	847.604,00	847.339,00
Steuerrückstellungen	559.488,00	438.648,00
Sonstige Rückstellungen		
Personal	3.023.622,00	2.862.683,00
Prüfung und Beratung	162.400,00	238.105,00
Übrige	6.758.170,00	5.974.470,00
	11.351.284,00	10.361.245,00

Ermittlung des Unterschiedsbetrages nach § 253 Abs. 6 HGB

	31.12.2022	31.12.2021
	EUR	EUR
Rückstellung unter Verwendung des 10-Jahres-Durchschnittszinssatzes	847.604,00	847.339,00
Rückstellung unter Verwendung des 7-Jahres-Durchschnittszinssatzes	873.383,00	888.004,00
ausschüttungsgesperrter Unterschiedsbetrag	25.779,00	40.665,00

Für die in den Personalrückstellungen enthaltenen Altersteilzeitverpflichtungen hat die Sparkasse Saarbrücken der juris GmbH eine Avalbürgschaft zur Insolvenzsicherung der Altersteilzeitverpflichtungen zugunsten der teilnehmenden Mitarbeiter eingeräumt. In 2022 betrug die Avalbürgschaft TEUR 935 (i. Vj. TEUR 532).

Die übrigen Rückstellungen beinhalten überwiegend Aufwendungen für Erlösbeteiligungen der Kooperationspartner und Aufwendungen für eingeleitete Restrukturierungsmaßnahmen.

(5) Verbindlichkeiten

	31.12.2022	31.12.2021
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.744.942,10	1.333.301,49
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	195,00	9.596,13
Sonstige Verbindlichkeiten		
– davon mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr TEUR 335 (i. Vj. TEUR 760) –		
– davon aus Steuern TEUR 231 (i. Vj. TEUR 270) –	335.245,65	759.604,70
	2.080.382,75	2.102.502,32

Die vorgenannten Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern hatten zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 wie im Vorjahr keine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern handelt es sich um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Sicherheiten bestehen keine.

(6) Passive latente Steuern

	31.12.2021	Zugang	Verbrauch	Auflösung	31.12.2022
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Aktive latente Steuern	-262	-8	63	0	-207
Passive latente Steuern	3.242	900	0	0	4.142
	2.980	892	63	0	3.935

(7) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

	31.12.2022	31.12.2021
	TEUR	TEUR
Verpflichtungen aus Miet- und Wartungsverträgen, übrige finanzielle Verpflichtungen	15.928	19.001
– davon mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr TEUR 8.550 (i. Vj. TEUR 8.815) –		
– davon gegenüber Gesellschaftern TEUR 300 (i. Vj. TEUR 600) –		
Bestellobligo Anlagevermögen	32	60

(8) Haftungsverhältnisse

Im Geschäftsjahr bestehen keine Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB.

(C) Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung**(1) Umsatzerlöse**

	2022	2021
	EUR	EUR
Dialogleistungen/Datenbanknutzung	65.469.502,47	60.723.313,46
DV-Projekte und Dienstleistungen	4.303.173,54	3.952.290,56
Übrige Erlöse	660.812,25	391.003,19
	70.433.488,26	65.066.607,21

(2) Aktivierte Eigenleistung

Aktivierte Eigenleistungen werden im Berichtsjahr mit TEUR 1.318 (i. Vj. TEUR 1.209) angesetzt. Davon entfallen TEUR 1.201 auf selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände.

(3) Sonstige betriebliche Erträge

	2022	2021
	EUR	EUR
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	205.781,54	365.975,41
Sonstige	299.944,59	281.046,08
	505.726,13	647.021,49

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen werden periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 298 (i. Vj. TEUR 488) ausgewiesen. Im Wesentlichen betreffen diese mit TEUR 206 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (i. Vj. TEUR 366).

(4) Materialaufwand

	2022	2021
	EUR	EUR
Aufwendungen für Hilfsstoffe und bezogene Waren	50.365,63	51.127,66
Aufwendungen für bezogene Leistungen	25.015.450,40	21.550.503,07
	25.065.816,03	21.601.630,73

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen umfassen im Geschäftsjahr 2022 in erster Linie Lizenzgebühren für Dokumente, Dokumentenaufbereitung, Wartungsleistungen für EDV-Hardware sowie Miet- und Pflegeleistungen für Software.

(5) Personalaufwand

	2022	2021
	EUR	EUR
Gehälter	14.819.634,43	15.532.969,18
Soziale Abgaben	2.352.666,03	2.371.675,78
Aufwendungen für Altersversorgung	987.862,46	1.026.703,66
Aufwendungen für Unterstützung	0,00	353,56
	18.160.162,92	18.931.702,18

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	Anzahl
Mitarbeiterinnen	106
Mitarbeiter	93
	199
zuzüglich Aushilfen	4

(6) Abschreibungen

	2022	2021
	EUR	EUR
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.754.404,74	2.320.276,51
	2.754.404,74	2.320.276,51

(7) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden periodenfremde Aufwendungen von TEUR 52 (i. Vj. TEUR 158) ausgewiesen.

(8) Finanzergebnis

	2022	2021
	EUR	EUR
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	917,67	2.142,97
Erträge aus der Abzinsung	1.438,01	6.137,91
Zinsen und ähnliche Erträge	2.355,68	8.280,88
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.290,38	239,85
Aufwendungen aus der Abzinsung	0,00	741,97
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.290,38	981,82
Finanzergebnis	-934,70	7.299,06

(9) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

	2022	2021
	EUR	EUR
Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag, Gewerbesteuer	3.886.682,49	3.930.448,57
Aufwand latenter Steuern	954.625,00	672.665,00
	4.841.307,49	4.603.113,57

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

Passive latente Steuern ergeben sich aus der Aktivierung von selbst geschaffenen immateriellen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens.

Aktive latente Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen von Altersteilzeit- und Pensionsrückstellungen.

Bei der Berechnung der latenten Steuern wurde ein Gesamtsteuersatz von 32,975 % zugrunde gelegt.

Nach § 274 Absatz 1 Satz 1 HGB wurde im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 für den Überhang passiver Steuerlatenzen eine passive latente Steuer bilanziert.

(10) Jahresüberschuss

Die Geschäftsführung schlägt vor, vom Jahresüberschuss 2022 in Höhe von EUR 9.181.612,05 den zur Ausschüttung verfügbaren Betrag in Höhe von EUR 7.422.090,73 an die Gesellschafter auszuschütten und den verbleibenden Betrag in Höhe von EUR 8.652.310,10 (davon Gewinnvortrag EUR 6.892.788,78) auf neue Rechnung vorzutragen.

	EUR	EUR
Jahresüberschuss 2022	9.181.612,05	
Ausschüttungsgesperrte Beträge		
Ausschüttungssperre zum 31. Dezember 2022	-8.652.310,10	
Ausschüttungssperre zum 31. Dezember 2021	6.892.788,78	-1.759.521,32
Zur Ausschüttung verfügbarer Betrag zum 31.12.2022		7.422.090,73

(D) Ergänzende Angaben**Abschlussprüferhonorar**

Das als Aufwand erfasste Honorar des Abschlussprüfers für die Abschlussprüfung beträgt TEUR 35. Das Honorar für andere Bestätigungsleistungen beträgt TEUR 2.

Geschäftsführer

- Samuel van Oostrom, Saarbrücken
- Johannes Weichert, Berlin

Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat gehörten 2022 folgende Mitglieder an:

- Ministerialdirigentin im Bundesministerium der Justiz
Eva-Lotta Gutjahr – Vorsitz bis 17.06.2022
- Ministerialrätin im Bundesministerium der Justiz
Dr. Jutta Figge – Vorsitz vom 18.06. bis 30.09.2022
- Ministerialdirigentin im Bundesministerium der Justiz
Susanne Bunke – Vorsitz seit 01.10.2022
- Ministerialrat im Bundesministerium des Innern und für Heimat
Andreas Reisen

- Regierungsdirektorin im Bundesministerium der Finanzen
Dr. Susann Schumann
- Vertreter der Lefebvre Sarrut S.A.
Olivier Campenon
- Vertreter der Lefebvre Sarrut S.A.
Rudi Mesotten

Beziehungen zu Unternehmensorganen

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betragen im Geschäftsjahr 2022

	Grundgehalt	Zuschuss zur privaten Kranken-, Pflege- bzw. Unfallversicherung	Prämie 2021 (Auszahlung 2022)	Kfz-Nutzung 1 %	Versorgungszuschläge	Gesamtbezüge
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Samuel van Oostrom	195.520,03	10.080,00	75.523,07	7.123,20	0,00	288.246,30
Johannes Weichert	141.500,04	9.199,44	0,00	0,00	32.244,93	182.944,41
	337.020,07	19.279,44	75.523,07	7.123,20	32.244,93	471.190,71

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben im Geschäftsjahr 2022 keine Vergütung bezogen.

Nachtragsbericht (Berichterstattung nach § 285 Nr. 33 HGB)

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft hatten, sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Saarbrücken, den 16. März 2023

Samuel van Oostrom
Geschäftsführer

Johannes Weichert
Geschäftsführer

Entwicklung des Anlagevermögens 2022

Juris GmbH
 Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland
 Saarbrücken



Entwicklung des Anlagevermögens 2022

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten				31.12.2022
	01.01.2022	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	
	€	€		€	€
A. Anlagen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerblicher Schutzrechte und ähnliche	11.685.615,09	3.844.844,21	0,00	0,00	15.530.459,30
2. Rechte	7.415.557,05	468.986,93	0,00	0,00	7.884.543,98
3. Kundenstamm	975.000,00	0,00	0,00	0,00	975.000,00
4. Geleistete Anzahlungen	1.160.879,42	153.566,92	0,00	0,00	1.314.446,34
	21.237.051,56	4.467.398,06	0,00	0,00	25.704.449,62
II. Sachanlagen					
1. Bauten aus fremden Grundstücken	1.547.213,18	582.493,67	21.157,54	27.623,26	2.123.241,13
2. Technische Anlagen und Maschinen	3.066.895,19	585.847,63	0,00	0,00	3.652.742,82
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.698.779,35	422.328,74	0,00	217.927,45	2.903.180,64
4. Geleistete Anzahlungen	21.157,54	0,00	-21.157,54	0,00	0,00
	7.334.045,26	1.590.670,04	0,00	245.550,71	8.679.164,59
	28.571.096,82	6.058.068,10	0,00	245.550,71	34.383.614,21

Kumulierte Abschreibungen			Restbuchwerte		
01.01.2022	Zugänge	Abgänge	31.12.2022	31.12.2022	31.12.2021
€	€	€	€	€	€
1.853.690,31	1.115.811,89	0,00	2.969.502,20	12.560.957,10	9.831.924,78
6.092.987,41	425.648,44	0,00	6.518.635,85	1.365.908,13	1.322.569,64
974.999,00	0,00	0,00	974.999,00	1,00	1,00
0,00	0,00	0,00	0,00	1.314.446,34	1.160.879,42
8.921.676,72	1.541.460,33	0,00	10.463.137,05	15.241.312,57	12.315.374,84
181.164,62	126.812,73	10.128,49	297.848,86	1.825.392,27	1.366.048,56
1.754.412,00	666.435,82	0,00	2.420.847,82	1.231.895,00	1.312.483,19
1.473.141,35	419.695,86	192.739,74	1.700.097,47	1.203.083,17	1.225.638,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	21.157,54
3.408.717,97	1.212.944,41	202.868,23	4.418.794,15	4.260.370,44	3.925.327,29
12.330.394,69	2.754.404,74	202.868,23	14.881.931,20	19.501.683,01	16.240.702,13

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die juris GmbH Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der juris GmbH Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der juris GmbH Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für

unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der

Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebe-

richt aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Saarbrücken, den 24. März 2023

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Carsten Palm
Wirtschaftsprüfer

ppa. Alexander Ecker
Wirtschaftsprüfer





20000005461550